

**Antrag 88/II/2024****KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Kein Rechtsabbiegen in der SPD-Asyl- und Migrationspolitik!**

- 1 Wir fordern insgesamt von allen Vertreter:innen der  
 2 SPD, vor allem von den sozialdemokratischen Mitglie-  
 3 dern der Bundesregierung, den Mitgliedern der SPD-  
 4 Bundestagsfraktion, insbesondere denen der Landesgrup-  
 5 pe Berlin, sowie den Mitgliedern des Bundesvorstandes  
 6 der SPD:
- 7 • Die Ablehnung von Abschiebungen in nicht-sichere  
 8 Herkunftsstaaten, also Staaten, in denen Konflikte  
 9 herrschen bzw. die Menschenrechtslage dies nicht  
 10 zulässt, entsprechend der Lagebeurteilung des Aus-  
 11 wärtigen Amtes und des Bundeskanzlers
  - 12 • Die Ablehnung von Verschärfungen im Bereich der  
 13 Asyl- und Migrationspolitik; das heißt, ein Klares Be-  
 14 kenntnis zu einer Flucht- und Migrationspolitik, die  
 15 im Einklang mit der Europäischen Menschenrechts-  
 16 konvention (Art. 3), der EU-Grundrechtecharta (Art.  
 17 4) sowie der VN-Menschenrechtskonvention (Art. 10  
 18 u.11) steht
  - 19 • Die Ablehnung von Asylabkommen/Rückführungs-  
 20 abkommen mit Drittstaaten
  - 21 • Eine deutliche Ablehnung jeglicher Aufweichungen  
 22 des geltenden Asylrechts, wobei auch im bestehen-  
 23 den Rechtsrahmen Geflüchtete jederzeit menschen-  
 24 würdig behandelt werden müssen
  - 25 • Eine Ausweitung von Aufnahmeprogrammen aus  
 26 Drittstaaten, um Alternativen zu gefährlichen  
 27 Fluchtrouten, etwa über das Mittelmeer, zu schaf-  
 28 fen
  - 29 • Eine Ausweitung von Abkommen mit Drittstaaten  
 30 für eine geregelte Arbeitsmigration
  - 31 • Bei einer möglichen Reform des Waffenrechts darf  
 32 es durch zusätzliche Befugnisse für die Sicherheits-  
 33 behörden nicht zu einem Racial Profiling kommen.
  - 34 • Bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden zur  
 35 frühzeitigen Erkennung von Radikalisierungsten-  
 36 denzen, wobei die Einhaltung der Bürger:innenrech-  
 37 te zu jeder Zeit sichergestellt sein muss
  - 38 • Sicherstellung der öffentlichen Finanzierung für die  
 39 Extremismusprävention und Ausstiegsprogramme  
 40 für bereits radikalisierte Personen
  - 41 • Der schnellstmögliche Beschluss des Demokratie-  
 42 fördergesetzes, um die Unterstützung für die Arbeit  
 43 der Akteur:innen langfristig sicherzustellen
  - 44 • Eine Ausweitung der finanziellen Ausstattung der  
 45 Kommunen und weiteren Akteur:innen von Inte-  
 46 grationsmaßnahmen von Seiten des Bundes, um  
 47 langfristig eine flächendeckend funktionierende In-  
 48 tegrationsinfrastruktur zu schaffen, eine Stärkung

**Empfehlung der Antragskommission****erledigt bei Annahme 87/II/2024 (Konsens)**

49 von Modellen der Fluchtbewegungssteuerung wie  
50 z.B. über eine Teilnahme an der sog. „Safe Mobility  
51 ty Offices“ Initiative (USA, Kanada und Spanien) so-  
52 wie höhere bilaterale und EU-Investitionen in die  
53 Aufnahme- und Integrationskapazitäten in sicheren  
54 Transitstaaten wie den Westbalkanländer  
55

#### 56 **Begründung**

57 Die vergangenen Wochen waren von Ereignissen gezeich-  
58 net, welche gemeinsam mit ihren politischen Folgemaß-  
59 nahmen unsere Gesellschaft fundamental negativ prägen  
60 können. Ausgangspunkt sind 1.) der furchtbare, islamis-  
61 tisch motivierte Terroranschlag von Solingen und 2.) die  
62 Landtagswahlen in Thüringen, bei welcher erstmals in der  
63 Geschichte der Bundesrepublik eine als offen rechtsextre-  
64 mistisch eingestufte Partei als stärkste Kraft hervorging,  
65 die in Sachsen ebenfalls mehr als 30% der Stimmen er-  
66 hielt.

67 Diese Ereignisse haben im politischen sowie gesellschaft-  
68 lichen Diskurs eine Debatte losgetreten, und dienten kurz  
69 vor den Wahlen in Sachsen und Thüringen als Rechtferti-  
70 gung für einen neuen Rechtskurs in der Asyl- und Migrati-  
71 onspolitik den nicht nur die AfD als Plattform nutzte son-  
72 dern auch Konservative der Mitte, wie die CDU und die  
73 FDP, und irritierenderweise die in der Innenpolitik maß-  
74 gebliche SPD, die bislang mit alle ihren Beschlüssen für ei-  
75 ne humane Geflüchtetenpolitik einstand und deren Auf-  
76 weichungsversuchen unter Innenminister Seehofer unter  
77 Schwarz-Rot strikt entgegen trat. Seit dem Anschlag und  
78 dem Wahlkampf im Osten haben sich die Parameter ver-  
79 schoben. Nicht nur die Union – mit Forderungen, die größ-  
80 tenteils rechtlich gar nicht umsetzbar sind - bläst ins bis  
81 dato so explizit nur von der AfD intonierte, scharfmacheri-  
82 sche Horn, sondern seither auch das BSW, die FDP und lei-  
83 der auch die Sozialdemokratische Partei. Als Handlungs-  
84 motiv wird dabei die Notwendigkeit angeführt, die Asyl-  
85 und Migrationspolitik wieder „in den Griff zu bekommen“,  
86 da hierin der zentrale Grund für die starken Wahlergebnis-  
87 se der AfD gesehen wird. Zusätzlich werden die behördli-  
88 chen Versäumnisse im Vorhinein des Terroranschlags von  
89 Solingen genutzt, um Forderungen nach einer strikteren  
90 Asyl- und Migrationspolitik zu rechtfertigen.

91 Im Rahmen der politischen Debatten stellte die Abschie-  
92 bung nach Afghanistan den Tiefpunkt dar. In diesem Zu-  
93 sammenhang erklärten der sozialdemokratische Bundes-  
94 kanzler sowie die sozialdemokratische Innenministerin,  
95 aber auch die gesamte Bundesregierung stolz, sozialde-  
96 mokratische Innenministerin, aber auch die gesamte Bun-  
97 desregierung stolz, man werde dem Vorhaben nun „end-  
98 lich im großen Stil abzuschieben“ gerecht. Für die Um-  
99 setzung nahm man diplomatische Beziehungen zu den  
100 Nachbarstaaten des Terrorregimes auf, um das Talibanre-  
101 gime auf Umwegen für die Aufnahme der Abgeschobe-

102 nen zu gewinnen. Dass man mit dieser Abschiebung Men-  
103 schen in ein unsicheres, von einer Terrororganisation ge-  
104 führtes Land rückführt, in welchem grundlegende Men-  
105 schenrechte nachweislich nicht eingehalten werden, oder  
106 aber die Täter ungestraft davonkommen und Menschen  
107 weiter gefährden, spielte keine Rolle. Das Hauptziel lag in  
108 der Schaffung eines Exempels für die Öffentlichkeit, um zu  
109 zeigen, dass die Bundesregierung „handelt“. Die langfris-  
110 tigen Wirkungen für die Bevölkerung vor Ort, für die abge-  
111 schobenen Menschen sowie für die zukünftig ausgehende  
112 Gefahr durch die Gefährder:innen wurden nicht themati-  
113 siert und nicht betrachtet. So darf eine sozialdemokrati-  
114 sche Bundesregierung nicht handeln!

115 Jedem Menschen muss bewusst sein, dass es für die kom-  
116 plexen Gefahren, die von der rechtsextremistischen AfD  
117 sowie dem gewaltbereiten Islamismus für unsere libera-  
118 le Gesellschaft ausgehen, keine einfachen Lösungen gibt.  
119 Es ist fatal, dass es der Bundesregierung, aber auch der  
120 SPD im Speziellen bisher nicht gelingt, die Komplexität  
121 der Lösung dieser Herausforderungen in ihren Handlungs-  
122 vorschlägen sowie Diskursführung darzustellen. Vielmehr  
123 widerspricht sie mit ihrem bisherigen Handeln den so-  
124 zialdemokratischen Grundwerten der Freiheit, Solidarität  
125 und Gerechtigkeit, wodurch sie auch langfristig zur Verro-  
126 hung im Zusammenleben unserer Gesellschaft beiträgt.  
127 Die SPD muss verstehen, dass es für die Bekämpfung des  
128 Islamismus mehr braucht als eine striktere Gangart hin-  
129 sichtlich der Asyl- und Migrationspolitik. Man muss hier  
130 ganz klar den Terror mit seiner Ideologie bekämpfen, je-  
131 doch nicht Geflüchtete oder Menschen mit Migrations-  
132 geschichte. Hierfür benötigt es neben einem Ausbau und  
133 Stärkung von Präventionsangeboten und Aussteigerpro-  
134 grammen, auch endlich eine umfassende Infrastruktur für  
135 eine erfolgreiche Integration von Geflüchteten und ande-  
136 ren Menschen, die neu in Deutschland ankommen. Extre-  
137 mismus in jeder Form muss durch Bildungsprogramme  
138 und Demokratieförderung begegnet werden.

139 Auch die Analyse hinsichtlich der bedrohlichen Ergebnis-  
140 se der AfD bei den letzten Landtagswahlen greift in der  
141 Sozialdemokratie bisher noch zu kurz. Wir müssen end-  
142 lich verstehen, dass mit einer Verschärfung der Asyl- und  
143 Migrationspolitik die Wähler:innen der AfD nicht zurück-  
144 gewonnen werden können. Vielmehr überwiegen hier die  
145 negativen Wirkungen auf das Zusammenleben in unserer  
146 Gesellschaft, die aus der weitestgehend menschenverach-  
147 tenden Debatte resultieren.

148 Daher braucht es hinsichtlich der inhaltlichen Bekämp-  
149 fung der AfD einen neuen Ansatz, um möglichst viele  
150 Wähler:innen wieder für das demokratische Spektrum zu-  
151 rückzugewinnen. Dabei darf es ausdrücklich keine Rechts-  
152 verschiebung der eigenen Positionen bzw. Annäherung an  
153 die Positionen der AfD geben!

154 Im ARD-Deutschlandtrend im September beschreiben

155 Personen in Deutschland vor allem die Themen Wirt-  
156 schaft, soziale Ungerechtigkeit und Klimaschutz als eines  
157 von zwei der wichtigsten aktuellen politischen Themen.  
158 Aufgabe der SPD ist es nun, diese Politikfelder zu adres-  
159 sieren und hier gute Politik zu machen. Die SPD muss  
160 dafür stehen, dass sie die zentralen (Un)Gerechtigkeits-  
161 fragen, nicht ausschließlich in Ostdeutschland, sondern  
162 auch bundesweit, stellt. Insbesondere die Menschen in  
163 Ostdeutschland haben durch den sozial unausgewoge-  
164 nen Transformationsprozess seit der Wendezeit massiv  
165 Vertrauen in die politischen Akteur:innen verloren. Die-  
166 ses Vertrauen muss die SPD mit langfristig angelegter  
167 und durchaus mühsamer Arbeit wieder zurückgewinnen.  
168 Dabei gehören die großen Fragen, auch systemische Fra-  
169 gen, in den Diskurs, um die bedrohliche zunehmende Un-  
170 gleichheit in unserer Gesellschaft zu bekämpfen mit dem  
171 Ziel einer gerechten Umverteilungspolitik, die die Lebens-  
172 bedingungen für die Beschäftigten und sozial Benachtei-  
173 ligten wieder nachhaltig hebt: sozial, kulturell, wirtschaft-  
174 lich und infrastrukturell. Zudem braucht es eine umfas-  
175 sende und sozial ausgewogene Gestaltung mit ausrei-  
176 chenden Investitionen der notwendigen Transformation  
177 zu einer klimaneutralen Gesellschaft, um möglichst viele  
178 Menschen hierbei mitzunehmen.